

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei
Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Spaltung der Liberalen? Lloyd George ins Kabinett Macdonald?

London, 18. März. (Reuter.) In politischen Kreisen sind neuerlich Gerüchte über eine Krise in der liberalen Partei verbreitet. So wird z. B. behauptet, daß der bisherige Führer der liberalen Partei Lloyd George in die Regierung Macdonald eintreten werde. Die liberale Presse selbst sagt für die nahe Zukunft eine ganz bestimmte Abmachung zwischen der Regierung Macdonald und einer Gruppe der liberalen Partei voraus. Das Ziel dieser Vereinbarung wäre ein umfangreiches gesetzgeberisches Programm. Gleichzeitig würde, wie es heißt, der rechte Flügel der liberalen Partei sich an die konservative Partei anschließen. Allgemein bekannt ist, daß Ministerpräsident Macdonald eine Rekonstruktion des Kabinetts vornehmen will.

Der Vorwand zur Rückkehr in den Reichstag gelunden.

Berlin, 18. März. Aus führenden Kreisen der Opposition wird den Blättern folgendes mitgeteilt: „Von mittelparteilicher Seite ist im Reichstag verlangt worden, daß der polnische Handelsvertrag noch während des laufenden Tagungsabschnittes parlamentarisch erledigt werden soll. Ein Teil der Regierungspresse hat sich diese Forderung zugeeignet. Sollte der Plan verwirklicht werden, so würden die aus dem Reichstage ausgezogenen 151 Abgeordneten geschlossen zu dieser Abstimmung erscheinen, um den gegen die Stimmzahl und die Landwirtschaft gerichteten vernichtenden Schlag abzuwehren; sie werden dann den Reichstag wieder verlassen.“

Die Einschränkung der Rückkehr auf einen bestimmten Fall kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um einen politischen Rückzug in aller Form handelt, denn durch den Auszug wollte Dugandberg die bürgerlichen Parteien dem Druck der zahlenmäßig gegebenen sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit aussetzen und sie zu einer Preisgabe des Kabinetts zwingen und zum Antritt an die radikale Rechte zwingen. In weiterer Folge erhoffte man sich die Vertrauenskrise eines Rechtsradikalen mit der Kabinettsbildung. — Eine Mehrheit gegen den polnischen Handelsvertrag würde sich nach der Rückkehr der Opposition nur dann ergeben, wenn auch die Kommunisten mit Deutschnationalen und Polenfreunden gegen den Handelsvertrag stimmen sollten.

Die begrabene Zollkonvention.

Genf, 18. März. Die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes hat heute vorzeitig ihre Arbeiten abgeschlossen mit der Annahme eines Protokolls, worin festgestellt wird, daß die Gattungs-Zollkonvention nicht in Kraft gesetzt werden konnte und daß die Konferenz sich auch über die Möglichkeit einer späteren Inkraftsetzung nicht einig konnte.

In der Schlusssitzung der Konferenz sprach sich der Präsident Colijn dafür aus, daß die Staaten nunmehr nicht von der ihnen ab 1. April gegebenen Möglichkeit Gebrauch machen, die Handelsverträge zu kündigen und zu neuen Zolltarifen zu schreiten. Auf ein kurzes Dankeswort des Vertreters Großbritanniens Chapman, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Vertreter der europäischen Regierungen sich bald wieder unter dem Vorstehe des Präsidenten Colijn versammeln würden, erwiderte Colijn, daß er sich von einer neuen Konferenz in absehbarer Zeit keinen Erfolg verspreche.

Hermann Müller.

Berlin, 18. März. Nachdem schon in den Nachmittagsstunden das Befinden des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller sich verschlechtert hat, war in den Abendstunden eine leichte Besserung festzustellen. In Anbetracht des ungewöhnlich wechselvollen und schweren Krankheitsbildes des Patienten muß sich das amtliche Bulletin auf folgenden Satz beschränken: „Der Zustand des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller ist nach wie vor anhaltend ernst.“

Alfons begnadigt.

Paris, 18. März. Die Dadas aus Madrid melden, daß der König die Begnadigung des vom Kriegsgericht in Jaca zum Tode verurteilten Hauptmannes Sediles unterzeichnet. Das Dekret wird morgen veröffentlicht werden.

Der Konflikt in der Haida-Steinschöner Glasindustrie. Ein letzter Vorschlag der Glasarbeiterverbände.

Teplitz-Schönan, 18. März. Bekanntlich haben die Unternehmer der Haida-Steinschöner Glasindustrie den Organisationen der Arbeiterschaft ein Ultimatum gestellt, den von ihnen diktierten Lohnabbau anzunehmen, widrigenfalls nach dem 18. März die Werke geschlossen werden. Dieses Ultimatum, das einen wesentlichen Lohnabbau vorsieht, konnte die Arbeiterschaft unmöglich annehmen. Die Vereinigten Verbände der Glasarbeiter haben deshalb heute an den Arbeitgeberverband der Glasindustriellen eine Eingabe gerichtet, in welcher neue Vorschläge zur Beilegung des Konfliktes gemacht werden.

In den Vorschlägen, die als endgültig bezeichnet werden, wird bezüglich des Lohnverlustes des Kollektivvertrages ausgeführt, daß als äußerste Grenze nachstehende Lohnabzüge vom Nettoverdienst angesehen werden können: a) Bei einem Wochenlohn bis zu 160 K erfolgt bei den Facharbeitern und Zeitlohnarbeitern kein Lohnabzug. b) Bei einer Fünftagewoche erfolgt ein Lohnabzug von 2 Prozent, c) bei einer Sechstagewoche erfolgt ein Lohnabzug von 4 Prozent. Diese Lohnabzüge gelten nur auf die Dauer des bestehenden Kollektivvertrages, können aber im Rahmen des Vertrages jederzeit auf vier Wochen gekündigt werden. Die

treten nur dann in Kraft, wenn der Kollektivvertrag vom 23. November 1929 infolge der Tarifänderungsbestimmungen und der Lohnzuschläge von 1 bis 2,5 Prozent aufrecht erhalten und bis zum 31. März 1932 verlängert wird; wenn ferner alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die vor dem Ausbruch des Lohnkonfliktes beschäftigt waren, ausnahmslos aufgenommen werden und die Zeit des Lohnkonfliktes nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses betrachtet wird; wenn alle sozialpolitischen Rechte wie Urlaub usw. unangetastet bleiben, wenn keine Maßregelungen erfolgen und die früheren Betriebsansprüche in Funktion bleiben sowie keine sonstigen materiellen Nachteile für die Arbeiter aus dem Lohnkonflikt erwachsen.

Mit diesen Vorschlägen haben die Arbeiterverbände eine neue Basis für Verhandlungen geschaffen, haben aber gleichzeitig erklärt, daß sie damit das äußerste Entgegenkommen an den Tag gelegt haben. Es liegt nun an den Arbeitgebern allein, den Konflikt beizulegen. Sollten sie wider Erwarten die Vorschläge der Vereinigten Verbände der Glasarbeiter ablehnen, dann fällt die Schuld an den Folgen und die Verantwortung allein auf den Arbeitgeberverband der Glasindustriellen.

Bergarbeiterentlassungen im Brüxer Braunkohlenrevier.

Brüx, 18. März. Heute früh wurde der Revierarzt verständigt, daß am 27. März 1. J. hundert Bergarbeiter bei den Brüxer Kohlenwerken entlassen werden müssen. Die Entlassungen verteilen sich auf folgende Schächte: Johann I.: sechs Mann, Johann II.: zehn Mann und Pluto: dreißig Mann. In der Zukunft der Brüxer Kohlenwerke heißt es, daß, je nachdem wie sich die saisonmäßige Geschäftslage im Frühjahr auswirken wird, in der Zeit vom 15. April bis Ende Juli noch weitere Kündigungen erfolgen werden, die jedenfalls die Ziffer von dreihundert Mann erreichen werden, im ungünstigsten Fall jedoch 650 bis 700 Mann betragen können. Die

Belegschaft der Brüxer Kohlenwerke zählt derzeit 4130 Mann.

In der Begründung führen die Brüxer Kohlenwerke an, daß durch Befahrung von drei Schächten in der Woche die tieferen Gruben unter großem Druck sehr leiden, daß die Depots überfüllt sind und keine Aussicht auf eine Besserung der Beschäftigung besteht.

Aus dieser Entlassung geht hervor, daß sich die Lage im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier in der letzten Zeit weiter verschlechtert hat, wenn auch der Rückgang der Förderung vornehmlich auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen ist. Zum Teil dürften die Entlassungen aber zweifellos auch mit der fortschreitenden Rationalisierung im nordböhmischen Kohlenbergbau zusammenhängen.

entsprechende Abänderungsantrag, der von der Koalition im Plenum eingebracht werden soll, bereits fest vereinbart.

Das Subkomitee des verfassungsrechtlichen Ausschusses beendete heute die Beratungen des kleinen Zuteilungsgesetzes. An der Regierungsvorlage wurden einige grundsätzliche Änderungen vorgenommen; u. a. wurde die Frist, innerhalb welcher der Abverkauf von aus der Bodenreform erworbenen Grundstücken nur mit Zustimmung des Bodenanwirts gestattet ist, für keine Bodenerwerber (bis zu 5 Hektar) von fünf auf vier Jahre herabgesetzt. Mit den Vertretern des Bodenanwirts wurde die Zuteilungsverfuhre für keine Bodenerwerber definitiv geregelt. Nach Bearbeitung der Materie wird das Subkomitee dem Ausschussplenum in der nächsten Sitzung Bericht erstatten.

Stimmenhaltung der Sozialdemokraten

bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B.

Berlin, 18. März. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist heute abends zu einer Sitzung zusammengesetzt, in der die Entscheidung über die Stellung zum Etat, insbesondere zu dem Haushalt der Reichswehr und der Marine, gefaßt werden soll. Die Beschlusfassung war bisher ausgefallen worden, weil noch Verhandlungen mit der Regierung über Zugeständnisse auf steuer- und sozialpolitischem Gebiet geführt wurden. Diese Verhandlungen haben indes kein befriedigendes Ergebnis gehabt; lediglich die Erhöhung der Familiensteuer dürfte erfolgen, wozu allerdings noch das Versprechen des Reichsarbeitsministers tritt, keine weiteren Lohnsenkungen mehr vorzunehmen.

Bei der Beschlusfassung der Fraktion stieg wieder die Frage des Panzerkreuzers auf; es wurde beschlossen, sich mit Rücksicht auf die bekannte politische und parlamentarische Situation bei der Abstimmung über die erste Variante ebenso wie im Ausschuss der Stimme zu enthalten.

Die „Köpfe rollen“. Und zu wessen Nutzen?

Politische Mordtaten stehen in Deutschland auf der Tagesordnung. Kaum eine Woche vergeht, ohne daß dort die Revolver krachen, politische Meinungsverschiedenheiten mit Knütteln, Dolchen und Revolvern ausgetragen würden. Sicher ist, daß auch die Kommunisten den Kampf gegen ihre politischen Gegner in den Formen physischer Gewaltanwendung führen, aber was sich die aus der geistigen Erziehung der Hitler- und Goebbels hervorgegangenen Nazihorden leisten, das ist schon planmäßiger, verrückter Mord. Ermittelt durch die deutsche Justiz, die zur europäischen Kulturshande geworden ist und durch einen Teil der bürgerlichen Presse, der kein Wort der Verurteilung der immer häufiger werdenden Blut- und Greuelthaten der Nazis findet, oft sogar seine Sympathien mit ihnen kaum mehr verbüllt, reihen die faschistischen Hitlerhorden Mordtat an Mordtat an und längst ist bekannt, daß diese Morde geradezu parteiamtlich vorbereitet werden und daß eine eigene Mordzentrale besteht, welche die Aufgabe hat, die Mörder nach vollbrachter Tat mit Geldmitteln und Fahrzeugen zu versehen und sie über die Grenze in Sicherheit zu bringen. Als Häftling vor kurzem ankündigte, die republikanisch gestimmten Elemente würden die ständigen Anschläge der nationalsozialistischen Mordbuben weiterhin nicht ruhig hinnehmen und ihnen mit gleicher Münze heimzahlen, schrieb deren Presse: „Dörfling predigt den Bürgerkrieg! Wie weit aber ist Deutschland noch von ihm entfernt! Kein Mensch, soferne er nicht der Banditenpartei Hitlers angehört, kann sich bald mehr sicher fühlen, auf offener Straße nicht der Revolverkugel eines der faschistischen Mordbuben zum Opfer zu fallen. Ein Zustand, der sich von einem Bürgerkrieg kaum mehr unterscheidet, nur daß dieser vorläufig noch einseitig geführt wird.“

Das beredteste Zeugnis von der Bestrafung und Brutalität, die sich unter der geistigen Erziehung des Dakenkreuzes ausbreitet, gibt die faschistische Mordtat in Hamburg am letzten Sonntag. Drei mit Revolvern ausgerüstete Dakenkreuzbanditen bestiegen einen Autobus, in dem sie das kommunistische Hamburger Bürgerchaftsmittglied Ernst Henning wußten, kommandieren plötzlich mit vorgehaltenen Revolvern den Mitfahrenden: „Hände hoch!“ und eröffnen auf Henning, nachdem sie ihn zur Ausweisleistung gezwungen hatten, ein Schnellfeuer, durch das dieser auf der Stelle getötet und mehrere der im Autobus anwesenden Personen schwer verletzt werden. Das Hauptblatt unserer Nationalsozialisten, der „Tag“, weiß natürlich nicht, wie es diese bestialische Abschachtung eines politischen Gegners rechtfertigen könnte und so läßt es sich „berichten“, die Attentäter seien in einer „unbeschreiblichen Wut“ gewesen, die sie nur mit Mühe bemeistern konnten, bis sich eben diese Wut Bahn brach. Höchst merkwürdig, daß diese unbeschreibliche Wut bei allen drei Dakenkreuzbanditen zu gleicher Zeit explodierte, daß sie sich alle drei gleichzeitig erhoben, in der gleichen Minute die Revolver zogen und „Hände hoch!“ riefen und schließlich gleichzeitig zu feuern begannen! Noch merkwürdiger, wie sie nach dem Geständnis des „Tag“ in diese „unbeschreibliche Wut“ verjert worden sind! Die Nationalsozialistische Parteileitung wollte in Erfahrung bringen, was in der kommunistischen Verjammung, in welche Henning delegiert worden war, gesprochen wurde und darum schickte sie einen ihrer Spione in die Verjammung, zu demselben „Schuhe“ sie ihm die drei — mit geladenen Revolvern versehenen — Hamburger Nationalsozialisten beigab. In der Verjammung sei nun in einem Tone gesprochen worden, der angeblich die vier Leute „in höchstem Grade erregte“. Wenn der „Ton“ die Rechtfertigung für Blutthaten, wie es die Hamburger ist, wäre, wie müßte es jedesmal nach

Hinsichtlich der Einziehung der Eger und Watz in die Wasserstraßenvorlage wurde der

eine normale Friedensindustrie wieder ins Leben zu rufen. Das Land ist erschöpft. Das Budget des laufenden Jahres weist ein Defizit von 300 Millionen Zł. auf; diese Summe wird die enorme Verschuldung Polens steigern, das wirtschaftliche Leben noch mehr untergraben und unhaltbar machen.

Endlich wird das polnische Volk aus der Leihgarchie erlöst, eine Friedenspolitik, eine Politik des friedlichen Aufbaues verlangt. Dann aber müssen andere politische Persönlichkeiten ans Ruder kommen und auch andere politische Methoden.

Die Arbeiter- und Bauernparteien des Landes bereiten sich für diese innere Zerlegung des polnischen Faschismus vor.

Die Landesgeldinstitute.

Debatte in der böhmischen Landesvertretung.

Prag, 18. März. Heute beendete die böhmische Landesvertretung ihre Märzsession, die nur zwei Tage in Anspruch genommen hatte. In der Sitzung wurde eine Reihe von Justiztraktanten einzelner Mitglieder der Landesvertretung den verschiedenen Ausschüssen zugewiesen.

Größere Beachtung fand nur eine Debatte über die Landesgeldinstitute. Bekanntlich bereitet die Regierung einen Gesetzentwurf über die Vereinigung der Landesgeldinstitute vor, darunter in Böhmen der Landesbank und der böhmischen Hypothekendarlehenbank. Es wurde nun sowohl vom Vertreter des Landesauschusses als auch von Mitgliedern der Landesvertretung heftig kritisiert, daß es das Ministerium des Innern nicht für notwendig befunden hat, der Landesvertretung den Gesetzentwurf vorzulegen, obwohl die Angelegenheit das Land Böhmen mehrerordentlich betrifft, da ja das Land die Garantie für beide Landesgeldinstitute leistet. Der Entwurf wurde zwar dem Landesauschuss vorgelegt, und zwar mit der Aufforderung, binnen drei Tagen sich dazu zu äußern. Die Landesvertretung beschloß nun, an die Regierung das Verlangen zu stellen, den Gesetzentwurf über die Landesgeldinstitute der Landesvertretung zur Aushandlung vorzulegen. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, wonach die Vertreter des Landes in den Landesgeldinstituten nicht vom Landesauschuss, sondern von der Landesvertretung bestimmt werden sollen.

Schule und Landesvertretung.

Auf der Tagesordnung der böhmischen Landesvertretungssitzung stand u. a. auch der Antrag des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Landesvertreter auf Einrechnung sämtlicher schulpflichtigen Kinder, welche auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen von den Schulbehörden aufgenommen werden können. Dergleichen Gen. Müller und betonte in entscheidender Weise, daß für unsere Partei die Herabsetzung der Höchstzulassung in einer Klasse keine Priorität ist, sondern mit der größten Hartnäckigkeit verfolgt werden wird. Obwohl schon viele mal von dieser Stelle aus die Notwendigkeit der Verminderung der Schülerzahl in einer Klasse betont wurde, müssen wir diese Frage immer wieder aufrufen und besprechen. Die gesamte Landesvertretung muß sich mit ihrer ganzen Energie einsetzen, daß von den Schulbehörden ihre Beschlüsse respektiert und durchgeführt werden. Insbesondere sollte der Landesauschuss seine volle Kraft einlegen, daß diese Beschlüsse überall — auch im Finanzministerium — beachtet werden. Die Erleichterung bei der Klasseneinrichtung hat nicht bloß für das Schuljahr 1929-30 zu gelten, sondern bis 1932-33, wo dann gesetzlich die Höchstzulassung in den Volk- und Bürgerschulen sinkt. Bei der Behandlung der verschiedenen Schulanträge in der Landesvertretung ist so recht deutlich die Unhaltbarkeit, Härte und Rückständigkeit der Verwaltungsreform und des Finanzgesetzes zum Vorschein gekommen. Wir müssen auf dem Gebiete des Schulwesens zu einer Angleichung kommen. Es geht auf die Dauer nicht an, daß die Minderheitschulen eine so exponierte Vorzugstellung gegenüber den allgemeinen Schulen einnehmen. Was Schulautonomie bedeutet, sehen wir am besten an den gut fundierten und gut eingerichteten landwirtschaftlichen Schulen des Landes. Heute werden 4 B. Minderheitschulklassen schon bei 25 Schülern parallelisiert, während an den öffentlichen Volksschulen derzeit erst bei 71 Kindern die Klassen geteilt werden. Nicht einmal die Ausländer und schulpflichtigen ortsfremden Kinder werden berücksichtigt. Ebenso werden bereits bestehende Klassen wieder aufgelassen, wenn dieselben über 50 Schüler haben — also ganz entgegen dem Landesvertretungsbeschlusse. Es gibt über 50 Volk- und Bürgerschulklassen, die mit über 60, ja teilweise sogar mit über 70 Kindern vollgepfropft sind. Solche Zustände sind auf die Dauer unhaltbar, unhygienisch und unökonomisch. Außerdem liegen heute noch eine ganze Menge Ansuchen im Landesministerium unregelt. Die Direktion trägt ganz besonders in der Schulverwaltung ihre wertvollsten Blüten und wir fordern, daß man doch endlich einmal auch der Zusammenfassung des Landesschulrates eine größere Beachtung schenkt, denn ihn bis zur endgültigen Regelung der Gesamtschulverwaltung neu zusammenlegt.

An besseren Schulverhältnissen haben nicht bloß die Fachleute ein Interesse, sondern ganz besonders die Eltern- und Schülerschaft — mit ihr das gesamte Volk.

Und sie sind doch Gelbe!

Die Geldquellen der Itakenkreuzler.

Die Nationalsozialistische deutsche „Arbeiter“-partei hat zu den Betriebsrätschulen in Deutschland eigene Listen aufgestellt. Und es gibt tatsächlich unaufgeklärte Arbeiter, die auf den erbärmlichen Schwindel dieser einzigartigen „Sozialisten“ hineinfallen, die mit verteilten Rollen zu arbeiten pflegen. Die wahre Gesinnung dieser gut getarnten Kapitalisten, die manchmal ja so etwas wie Gegnerschaft den Ausbeutern des Volkes gegenüber zu mimieren versuchen, offenbart ein Geheimnisschreiben des Nazi-papstes Adolf Hitler, das die sozialdemokratische „Mainzer Volksstimme“ zu veröffentlichen in der Lage ist. Wir lesen da:

Reichsgeschäftsstelle München
Strausses Haus den 4. März 1931.
München, Brienenstr. 45
Tel. 30065-67
Postfachkonto 11203.
An den Bankleiter des Kreises Oeffen
Gebelein G./R. Darmstadt.

An Kampfschlagenden für den Gau Oeffen sind eingegangen 15.000 Mark. Beteiligt sind daran die Firmen wie folgt: Kommerzienrat Diederhoff, Dr. A. Diederhoff, Dipl.-Ing. Galtoll sowie die Direktoren Schindler und Jung.
Diese Spenden verpflichten bei

weiteren Einstellungen zur besonderen Auswahl von gesinnungsgetreuen SA-Leuten, um dem Anwachsen der kommunistischen Elemente in den betreffenden Betrieben unseres Gaus, teilweise entgegenzusetzen zu können und hauptsächlich aber bei den Betriebsrätschulen unsere Macht noch mehr zu häufen.

Nur dadurch können wir unter den Anhängern der Kommunisten, mit Hilfe größtmöglicher Propaganda jedes einzelnen SA-Mannes, eine Brezche in die Rot-Front-Partei schlagen, um den Endsieg für unser Drittes Reich zu erzwingen!

Für weitere Einstellungsmöglichkeiten unserer SA-Leute in die Betriebe obengenannter Gaus ist absolut einwandfreier Kenmund und restlose Gesinnungstreue Voraussetzung. Gediente Leute sind in erster Linie zu berücksichtigen.

Die Konzeption hat dementsprechend seine Kreis- und Ortsgruppenführer zu instruieren.
gez. Hitler.

Das ist die nationalsozialistische „Arbeiter“-partei in Reinkultur! Großgefüttert und liebevoll gehalten von den Kommerzienräten, forumpiert bis ins Mark, so steht sie da, von Kopf bis zu Fuß bereit, mit den schaffenden Generaldirektoren, die sie subventionieren, für „soziale Gerechtigkeit“ und das „Dritte Reich“ in den Krieg zu ziehen!

Politisches Warenhaus -

Prinzipien zum Ausuchen.

Die Nationalsozialisten behaupten immer und gern, daß ihre Ideen funktional seien, etwas noch niemals dagewesenes seien. In Wirklichkeit stammt kein einziger Gedanke ihrer Theorien von ihnen selbst, nur das Durcheinander, der Ideenkalut, den haben sie selbst angerichtet. Sie haben geistig alle bestohlen, von den Sozialisten bis zu den Deutschnationalen, und von den Kommunisten und Anarchisten bis zu den Bodenreformern und Freilandwirtschaftlern.

Mit dem Worte „Partei-genosse“ fängt es an. Woher haben es die Nationalsozialisten? Es stammt von den Sozialdemokraten, die sich schon immer untereinander den Ehrennamen Genosse gaben.

Die hochtrabenden Phrasen, von wo haben das die Nationalsozialisten geerbt? Von den Anarchisten, die die ökonomischen Zusammenhänge nicht verstehen und deswegen in fähligen Bildern die Worte mit Tatsachen verwechseln.

Sind die Nationalsozialisten für oder gegen das Privateigentum? Die Vermögen der Bank- und Börsenfürsten sollen entschädigungslos enteignet werden. Alle Großbanken, einschließlich der sogenannten Reichsbank, sind ungesäumt in staatlichen Besitz zu überführen. (Antrag Dr. Fried. Dr. Goebbels, Feder usw. im Reichstag.)

Wir fordern die Verstaatlichung aller Ertritte (Nationalsozialistisches Programm, 11. Punkt). Alle Privatmonopole sollen in die öffentliche Hand überführt werden, im besonderen jene, welche sich mit der Gewinnung von Bodenschätzen (Stahl, Erz, Kohle usw.), Wasserkräften usw. befassen; dann das Verkehrswesen, das Versicherungs- und das Anzeigewesen. Auch die Grundrente soll vergesellschaftet werden.

Also sind die Nationalsozialisten gegen das Privateigentum?

„Heilig ist uns das Privateigentum, dessen Verwendung der Erhaltung unseres Volkes dient. . . Das Privateigentum soll ja nicht abgeschafft und durch das Eigentum des Staates oder der Gesellschaft ersetzt werden. . .“ (Völkischer Beobachter, 19. Oktober 1930).

Also sind die Nationalsozialisten für oder gegen Mißbesitz der Belegschaften an den Betrieben?

Sie sind gegen den Mißbesitz, weil „dieser marxistisch ist“ und „in unversöhnlichem Widerspruch zum Führergedanken des Nationalsozialismus“ steht, aber sie fordern „kollektivistische Gewinnbeteiligung der Belegschaft“. Beides steht in

2619 km Staatsstraßen rekonstruiert.

Prag, 18. März. Heute fand in den Räumlichkeiten des Autoklubs die 7. Sitzung des Straßenausschusses statt. Ministerialrat Ing. Šebobada erwählte in seinem Referat, daß die laufenden Gesamteinnahmen des Straßensfonds im Jahre 1930 insgesamt 176,856,242.05 K betragen. Im Budget für 1931 ist in den tatsächlichen Ausgaben per 346 Millionen K ein Betrag von 85,700,000 K für die Verbesserung der nichtstaatlichen Straßen vorgesehen. Wenn das vorgeschlagte Gesetz über den Straßensfonds angenommen sein wird, ist allerdings eine bedeutende Erhöhung der laufenden Einnahmen des Fonds zu erwarten.

Übersektionsrat Štánek gab sodann eine Übersicht über den Vorgang bei den Verbesserungsarbeiten an den Staatsstraßen. Die vorbereitenden Arbeiten zur Vergebung im Jahre 1931 seien beendet und es wurden bisher an Arbeiten und Verleistungen vergeben: In Böhmen für 11,81 Millionen, in Mähren-Schlesien 9.16, Slowakei 31.35 und Karpatenrußland 5.89 Millionen K, also insgesamt für rund 58 Millionen K. An nichtstaatlichen Straßen werden bis zum 28. Februar 1931 in-

gesamt bereitgestellt: in Böhmen 1368 Km., Mähren-Schlesien 388 Km., Slowakei 238 Km. und Karpatenrußland 25 Km., insgesamt 2619 Km. Der Aufwand für diese Arbeiten betrug 359,076,080 K. Die weitere Entwicklung dieser Aktion ist vor allem von der Größe der Kredite abhängig, die durch die Novelle über den Straßensfonds für die Verbesserung der nichtstaatlichen Straßen sichergestellt werden wird.

Gemeinsamer Ausschuss der deutschen und tschechischen Kleinbauernverbände.

Prag, 18. März. Heute fand im Sidobudum in Prag eine Beratung der Vertreter des Verbandes der deutschen Kleinbauern und Häusler in Tepliz sowie der Prager und Pilsener Verbände der tschechischen Kleinbauern und Häusler statt, in der die Gründung eines gemeinsamen Ausschusses beschlossen wurde, der sich mit allen die Interessen der Kleinbauern und Häusler tangierenden Fragen befassen soll. Der Ausschuss, dessen konstituierende Sitzung Mitte April stattfindet wird, soll namentlich auch als ständiges Beratungsorgan der sozialdemokratischen Fraktionen in der Nationalversammlung und in der Landesvertretung in Agrarfragen fungieren.

Drei Streikende in Freudental verurteilt.

Genosse Joll legt ihre Haftentlassung durch.

Am Dienstag kam es in Freudental, wo die Textilarbeiter nun schon die zehnte Woche im Streik stehen, zwischen Gendarmen und Streikenden zu Zusammenstößen. Die Gendarmerie ging sehr scharf vor und verhaftete drei der Streikenden; einer von ihnen, der sich losriß und zu flüchten versuchte, wurde von Gendarmen bis in das Arbeiterheim verfolgt und dort festgenommen.

Neber sofortige Interrogation des Senators Gen. Joll, der sich in Freudental aufhält, wurden die Verhafteten am Mittwoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

Auch in Freudental hatten die Behörden die Zusammenziehung eines größeren Gendarmereiaufgebotes zum Schutz der berühmten Ruhe und Ordnung für unbedingt nötig gehalten. Wobin diese Methoden schließlich führen, zeigen die gestrigen Zusammenstöße, die sich sicher hätten vermeiden lassen, wenn bei solchen Anlässen nicht immer die bewaffnete Macht in Massen zum Schutz des — gar nicht bedachten — Eigentums der Unternehmer in Bewegung gesetzt würde. Daß sich der Arbeiter, die seit vielen Wochen in hartem Kampf gegen Unternehmerrückwärtsgehen, schließlich eine erregte Stimmung bemächtigt, ist selbstverständlich. Zur Beruhigung der Bevölkerung tragen dann solche Methoden, wie sie seitens der Behörden in Freudental praktiziert wurden, auf keinen Fall bei. Es wäre höchste Zeit, daß die politischen Behörden diese veralteten Methoden aufgeben und sich in Lohnkämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern auf strengste Neutralität beschränken. Die Machtverhältnisse sind bei derartigen Lohnkämpfen ohnehin höchst ungleich verteilt; es geht keinesfalls an, daß auch noch die staatlichen Machtmittel einseitig zugunsten der Unternehmer in die Waagschale geworfen werden!

Mitteleuropäische Wirtschafts-tagung.

Vorzugszölle gefordert.

Wien, 18. März. (AP.) Die VI. Mitteleuropäische Wirtschafts-tagung, zu der 180 Delegierte aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien erschienen sind, wurde heute vormittag eröffnet. Nach einleitenden Worten des Präsidenten Tizgner, begrüßte Bundespräsident Miklas die Tagung. Bundeskanzler Doktor Ender erörtert in seiner Begrüßungsansprache an die Idee der regionalen Präferenz; (Vorzugszölle) und betonte die Notwendigkeit des industriellen und agrarischen Ausgleichs in Mitteleuropa.

Das erste Referat erstattete Dr. Otto Franz von Agram und Blaslovics-Rumänien. Dr. Franzos führte u. a. aus: „Wenn wir als erste konkrete Grundlage für die Schaffung von präferenziellen Verträgen die Tatsache ansehen, daß solche Verträge vorläufig allein auf das Gebiet von Mitteleuropa beschränkt werden sollen, so können wir als die zweite Grundlage die Notwendigkeit ansehen, daß dem Entsprechenden der Industriemächte der landwirtschaftlichen Produkten gegenüber ein annähernd äquivalentes Entgegenkommen der Agrarländer geboten wird. Die weitestgehende Schwierigkeit erwächst bei der Schaffung der Präferenzverträge aus der Mißbilligungsklausel, die derzeit einen integrierenden Bestandteil aller Handelsverträge bildet. Blaslovic führt in seinem Referat aus, es sei heute wirklich nicht nötig, daß die mitteleuropäischen Importländer ihren Bedarf an jenen Produkten, die die Agrarländer erzeugen, in erster Linie bei der Heberlei decken. Auch wenn diese Importländer ihren Bedarf bei den europäischen Agrarländern voll eindecken würden, hätten die Heberlei-Länder noch immer genügend Importmöglichkeiten.“

Die Bergler-Affäre spielte auch gestern in der tschechischen Presse eine große Rolle. Einerseits antwortete Bergler in ausführlicher Weise auf die letzten Feststellungen des Außenministers, daß Bergler noch in letzter Zeit seine Reaktivierung im diplomatischen Dienst betrieben und auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Venes angestrebt habe. Bergler behauptet, daß man im Gegenteil im Namen des Außenministers an ihn mit ähnlichen Vorschlägen herangetreten sei und nur verlangt habe, daß er sich von Etibrom löse. — Am Abend wurde der Presse wieder eine ausführliche Erklärung zugesendet, die von Dr. Klouda, Dr. Jar. Stransta, dem Generalsekretär Seba und drei Redakteuren des „Ceske Slovo“ geschrieben ist und in der ausführlich dargelegt wird, wie Bergler durch verschiedene Mittelmannen seit Dezember des Vorjahres wiederholt an nationalsozialistische Vertrauensmänner wegen Vereinigung seines Konfliktes mit dem Außenminister herangetreten sei. Keiner der Unterzeichneten habe irgend eine Anregung zu Verhandlungen mit Bergler gegeben. Minister Venes habe kategorisch erklärt, daß es zu der vorgeschlagenen Einigung mit Bergler oder den angeführten Mittelpersonen nicht kommen könne und daß er ein solches Einverständnis nicht schließen könne noch werde. In einem Anhang konstatiert Dr. Venes selbst, daß er keine Initiative zu Verhandlungen mit Bergler gegeben und außer der ablehnenden Antwort an jene, die ihn über die Angelegenheit informierten, in keiner Weise in die Verhandlungen eingegriffen habe.

Tagesneuigkeiten.

Zu den Notstandsarbeiten.

In der letzten Zeit wurden für verschiedene Bezirke und Gemeinden Staatsbeiträge für öffentliche Notstandsarbeiten bewilligt, mit deren Durchführung jedoch bei der ungünstigen Witterung entweder überhaupt nicht, oder nur im beschränkten Maße angefangen werden konnte, so daß es nicht möglich sein wird, sie in der Zeit, für die der Staatsbeitrag bewilligt wurde, fertigzustellen. In allen solchen Fällen wird es notwendig sein, das Ministerium für soziale Fürsorge um die Verlängerung der Frist und in einzelnen Fällen wohl auch um Erhöhung des Beitrages zu ersuchen. Viele Bezirke und Gemeinden bereiten wohl auch noch weitere Notstandsarbeiten vor, die zur Linderung der Arbeitslosigkeit beitragen sollen. Die Informationen darüber, wie die Gesuche verfaßt werden sollen und was bei ihnen notwendig ist, kann jede Bezirksanstalt für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung erteilen, weil alle diese Anstalten den diesbezüglichen Erlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge, Zahl 8500/III.E-1930 erhalten haben. Seit der Inkraftsetzung des Gesetzes Nr. 71 1930, bzw. der Regierungsverordnung Nr. 79 1930, Z. d. G. u. S., wurde für den Bereich der 47 Bezirksanstalten für Arbeitsvermittlung im Bereiche der Landeszentrale für Arbeitsvermittlung für Nordböhmen in Reichenberg der Staatsbeitrag für 230 Arbeiter, für 928 Personen, im Betrage von zusammen 2.859.1000 K bewilligt. Die Arbeiter für die öffentlichen Notstandsarbeiten müssen durch die genannten Bezirksanstalten aufgenommen werden, weil diese dann die Lohnlisten zu befüllen haben, abgesehen davon, daß sie verpflichtet sind, statistische Daten und Berichte über die Arbeitslosigkeit auf Grund der von ihnen geführten Evidenz aller Arbeitslosen vorzulegen.

Die Evidenz der Arbeitslosen

Im Zusammenhange mit der staatlichen Ernährungsaktion sowie mit anderen Unterstützungsaktionen.

Zast in allen Bezirken Nordböhmens wurde die sogenannte staatliche Ernährungsaktion auf Grund der Meldung der Arbeitslosen in den Bezirksanstalten für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung durchgeführt, die in den meisten Fällen direkt, in einzelnen Fällen indirekt durch die Gemeinden erfolgte. Kechnlich geschah es auch bei einzelnen anderen Unterstützungsaktionen. Um ein genaues Bild der bisher Arbeitslosen zu erlangen und dementsprechend auch eventuelle weitere Schritte einleiten zu können, ersuchen die Bezirksanstalten alle Arbeitslose, sich in der Zeit vom 23. bis 28. März 1931 wenigstens einmal in der Anstalt zu melden und sich dort als Bewerber um Arbeits- oder Dienststellen einschreiben zu lassen. In den Gemeinden, wo die Meldung bisher durch die Gemeindevorstände erfolgte, kann dies auch jetzt geschehen, aber schon an den Tagen vom 23. bis 25. März, um diesen die Möglichkeit zu geben, längstens bis zum 28. März, einen entsprechenden Zummorbericht den Bezirksanstalten für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung abzuliefern, welche sie hiermit um Unterstützung bei dieser im Interesse der Arbeitslosen geleisteten Arbeit bitten.

Die Schiffskatastrophe im Bismeer.

Die Zahl der Vermissten kleiner als befürchtet.

St. Johns, 18. März. Die Zahl der Vermissten auf dem durch Feuer vernichteten Robbenfänger „Viking“ scheint geringer zu sein, als man nach den ursprünglichen Meldungen annahm. Von der Gesamtzahl von 142 Personen, die die Besatzung des Schiffes bildeten, werden nach einer amtlichen Schätzung der Behörden heute früh nur noch 18 vermist. Man hofft, daß noch weitere Raubzylinder über das Treibeis auf Gorko Island eintreffen können. Der Dampfer „Beothic“ hat in einer Entfernung von 10 Seemeilen fünf Personen auf einer Eisinsel treibend und weitere fünf in einem kleinen Boot gefischt. Der Dampfer vermag aber erst bei Tagesanbruch irgendwelche Hilfsmittel zur Rettung dieser zehn Leute zu unternehmen. Auch ärztliche Hilfe und Lebensmittel für die Überlebenden auf Gorko Island können erst bei Sonnenaufgang gelandet werden.

Todesurteil gegen Tegner.

Negensburg, 18. März. Das Schwurgericht Kitz nach einstündiger Beratung folgendes Urteil: Kurt Erich Tegner, der zur Erlangung einer hohen Versicherungssumme einen unbekanntes Handwerksburschen in seinem Auto auf der Landstraße verbrannt hatte, ist schuldig des Mordes in Tateinheit mit einem Verbrechen des Versicherungsbetruges und eines Verbruches; er wird deswegen zur Todesstrafe, außerdem zu 12 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Seine Frau wurde der Beihilfe zum Mord in Tateinheit mit einem Verbrechen des Versicherungsbetruges schuldig erkannt und zu vier Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Explosion im Sprengstoffwerk Vier Tote.

Wittenberg (Bezirk Halle) 18. März. In einem Vortommenschuppen des Sprengstoffwerkes Reinsdorf erfolgte heute vormittag bei Aufrau-

Rechtsanwälte als Zeugen.

Die Sensation des Wiener Mordprozesses Bauer. — Rechtsanwälte verdunkeln die Untersuchung.

Dienstag war der „große Tag“ des Mordprozesses gegen Gustav Bauer, der sich vor dem Wiener Geschworenengericht wegen der Anklage des Mordes an seiner Geliebten Katharina Zellner zu verantworten hat. Bauer ist bis heute, obwohl schwere Indizien gegen ihn sprechen und sein Alibi mehr als unstrittig ist. — Interessant für die Beurteilung krimineller Verfahren in unseren Tagen ist die Tatsache, daß der Fall längst geklärt wäre, wenn nicht von der Polizei und von der Öffentlichkeit selbst die Spuren verwischt worden wären. Die Polizei erklärte auf Grund ärztlicher Anträge, daß die falken Zähne der Toten, bzw. ihr ganzes Gebiß ein ausländisches Erzeugnis seien. Dieses Gutachten war falsch. Das Gebiß der Ermordeten war in Wien hergestellt worden und auf Grund des Gebisses hat ein Wiener Zahnarzt sie identifiziert, aber erst nach Jahresfrist und nachdem ihm ein Zufall Kenntnis von der Art des Gebisses verschafft hatte. Würde das falsche polizeiärztliche Gutachten nicht gewesen, so hätte man in den ersten Tagen nach dem Mord die Tote zweifelslos identifiziert und den Täter mit Leichtigkeit ausfindig gemacht. Ferner frag aber zur Verdunkelung der Sache mit bei, daß wichtige Zeugen sich nicht gemeldet haben oder von den früheren Anwälten Bauers zurückgehalten wurden. Die Einvernahme dieser Anwälte gibt einen Einblick in ein trauriges Kapitel unserer Zeit, die aus den Trägern der „heiligen Berufe“ eben auch nur „Bürger“ macht. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt darüber:

Die richtige Sensation aber waren die Aussagen der Rechtsanwälte, die da am Nachmittag der Reihe nach aufmarschierten, der Kampf um die Glaubwürdigkeit des Chauffeurs Singer.

Der Mann hat schon in der ersten Verhandlung ausgesagt, daß er den Angeklagten am 17. Juli 1928, also am Mordtag, mit einer Dame nach Lainz geführt hat. Seine Aussage konnte er durch den Vorweis eines Tourenbuches, in dem die Fahrten regelmäßig und fortlaufend eingetragen werden, stützen. Nicht nur durch die Fahrten: er erinnerte sich genau, daß an jenem Tage, an dem er mit Gustav Bauer und einer Begleiterin nach Lainz fuhr, sein Schwager Ledner aus der Fischhofstraße in Wien war. Er erinnerte sich deshalb, weil er mit seiner Frau und seinem Schwager für den Abend des Tages eine Vereinbarung zu einem Theater- oder Kinobesuch getroffen hatte. Diese Vereinbarung wurde, weil er in Lainz auf Gustav Bauer warten mußte, gestört. Daß der Schwager am 17. Juli in Wien war, konnte wieder durch die Eintragungen im Buch einwandfrei festgestellt werden. Woran sich der Chauffeur nicht erinnert oder schlecht erinnert, ist, ob die Begleiterin Bauers Frau Deder, die er den Namen nach allerdings nicht kannte, oder eine andere, ihm fremde Dame gewesen ist.

Als er nach der Verhaftung Bauers die Eintragungen im Tourenbuch erwiderte, ging er mit dem Buch sofort zu seinem Anwalt.

Sein Anwalt ging wieder zu einem anderen Anwalt, es kam ein dritter, ein vierter, ein fünfter Anwalt dazu. Zunächst herrschte ob dieses Alibis eitle Freude, weil man der Meinung war, daß Frau Deder mit Bauer an dem Nachmittag in Lainz gewesen ist. Als sich aber herausstellte, daß Frau Deder um diese Zeit gar nicht in Wien war, sich das Entlohnungszeugnis in ein-

Belastungszeugnis umwandelte, ließ man von dem Zeugen Singer und seinem Tourenbuch nichts mehr verlauten. Nur durch einen Zufall, durch ein Wirtshausgespräch, bekam die Polizei und das Gericht Kenntnis von diesem Beweismittel.

Gestern nun wurden die Anwälte, die Singer der Reihe nach einvernommen haben, selbst einvernommen. Jeder mußte einen anderen Grund angeben, warum er es unterließ, die Behörden vom Vorhandensein Singers und dem Tourenbuch zu unterrichten. Der eine sagte, er glaubte dem Optimismus des Dr. Schönfeld, der meinte, die Enthüllung Bauers stünde ohnehin bevor, der andere sagte, er sei nicht dazu da, der Polizei Material zu liefern, ein dritter wußte wieder was anderes: alle aber sagten sie, die Rücksicht auf Frau Deder, deren Namen um keinen Preis der Welt genannt werden durfte, hätte sie zu ihrem Verhalten veranlaßt. Nach ihren Behauptungen hätte Gustav Bauer ihnen den strikten Auftrag erteilt, Frau Deder unter keinen Umständen zu nennen.

Es waren nicht gerade erquickliche Dinge, die durch die Aussagen der Rechtsanwälte zutage gefördert wurden. So fuhr der eine von ihnen offiziell nach Berlin, um nach dem Stand der Untersuchung zu sehen; er spricht dort mit dem die Untersuchung führenden Polizeirat Gennat, der also zweifelslos auch eine offizielle Persönlichkeit ist, teilt ihm aber, wie er behauptet, nur „unoffiziell“ und so „nebenbei“ die gewiß nicht unwichtige Tatsache von der Aufklärung des Zeugen Singer mit. Der Dr. Kurt Bilzer wieder ladet die Frau Deder aus Garmsisch-Partenkirchen zu sich zu einer Unterredung ein. Er hat sie bisher, wie er sagt, nicht einmal dem Namen nach gekannt, Frau Deder kommt in der Früh nicht in seine Kanzlei, sondern in seine Privatwohnung, stellt ein Bügeleisen mit Hartspiritus auf den Tisch und er läßt sie dort ruhig stehen, denn, so sagte er, das Bügeleisen habe ihn nicht interessiert. Als ob es die alltäglichsten Dinge von der Welt wären, daß unedelmütige Damen bei Besuchen Bügeleisen und Hartspiritus mitbringen und stehen lassen. Ein dritter Anwalt gab an, daß Singer, der von ihm verhört wurde, das erstemal erzählte, Bauer sei vom Tiergarten vollkommen durchnäht; und allein zurückgekommen. In dieser Wiederberga: der Darstellung Singers aber, so meint er, da er gestern als Zeuge vernommen wurde, habe er sich zweifelslos geirrt oder aber diese Aussagen seien ihm, dem Rechtsanwalt und Kriminalisten, vom Untersuchungsrichter geradezu in den Mund gelegt worden.

Man muß sich vorstellen, daß es sich hier nicht um Rechtsanwälte, sondern um die Hilfsarbeiter Berger, Schneider und Schmied handelt. Die hat man wohl, hätten sie das Tourenbuch nicht der Polizei vorgelesen oder hätten sie das Bügeleisen bei sich aufbewahrt, ganz anders angepaßt.

Am merkwürdigsten war aber wohl die Aussage jenes Anwaltes, der mit einem Kassiber des Angeklagten zu dessen Schwager ging und Geld dafür verlangte, der also seine Tätigkeit auch auf die Beförderung von Kassibern ausdehnt. Aus der Selbstverständlichkeit, mit der er diese Aussage abgab, konnte man fast der Meinung sein, daß er die Beförderung von Kassibern zu den advokatorischen Pflichten zählt.

Sicherschnitzereien ausgestattet. Eine besondere Lebenswürdigkeit sind die Kühlräume und die Küche, in der nur elektrisch gekocht wird. Zur Fortbewegung der Jagd dienen zwei Dieselmotoren mit zusammen 4000 PS. Die Besatzung der Jagt besteht aus siebzehn Offizieren und Matrosen. Die Luxusjagd repräsentiert einen Wert von etwa 320 Millionen Kronen.

Schiffsuntergang. Der in Glasgow beheimatete kleine Dampfer „Citrus“ scheiterte Mittwoch früh am Kap Pradda an der südwestlichen Küste der Insel Man. Von den zehn Mann der Besatzung konnten zwei schwimmend das Ufer erreichen, die übrigen acht werden noch vermist. Infolge des dichten Nebels wurde das Unglück vom Lande aus nicht bemerkt, man erfuhr erst davon, als die zwei Geretteten, die die Nacht auf den Klippen verbracht hatten, den nächsten Hafen, Port Erin, erreichten. Sie konnten nichts über das Schicksal der acht Vermissten aussagen. Ein Rettungsboot befindet sich auf der Suche nach ihnen.

Ein Chaplin-Imitator. Der hellentloste Artij Johann Schödel erregte Mittwoch vormittags in Wien großes Aufsehen, als er in naturgetreuer und zum Verwechseln ähnlicher Kostürierung als der gegenwärtig in Wien wellende berühmte Charlie Chaplin durch die Straßen der Innenstadt spazierte. Er begab sich schließlich in das Hotel Imperial, wo er im zweiten Stockwerk angehalten wurde; er erklärte, ein Bruder Chaplins zu sein. Man schenkte ihm jedoch keinen Glauben und wies ihn aus dem Hotel. Bei der Polizei gab Schödel an, er habe bereits des öfters im Prater bei verschiedenen Vorstellungen Chaplin imitiert und wolle durch sein Auftreten nur die Aufmerksamkeit Chaplins auf sich lenken.

Bom Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:
 Prag: 11.30, 13.15 und 16.05 Schallplatten, 16.30 Violinmusik, 18.30 Deutsche Sendung: G. Ursida, Vortragsung von Familienaffären, C. Heigl: Stravinskys, ein Kapitel sozialer Fürsorge, 19.05 Schallplatten, 19.15 Viederkonzert, 20.30 Konz. 22.20 Leichte Musik. — Brünn: 11.30 und 13.15 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung: Nachrichten, Prof. Dr. F. Müller: „Keltische deutschböhm. und tschechische Literatur.“ IV. „Der Humanismus in Böhmen u. d. Reformationszeit.“ — Pilsen: 11.30, 13.15 und 16. Schallplatten, 16.30 Violinmusik. — Breslau: 20.15 „Madame Butterfly“, Oper von G. Puccini. — Heilsberg: 21. Sinfoniekonzert. — Köln: 20 bis 20.55 Meister der Operette. — Rühlrad: 19.45 Handharmonika-Konzert, 21 „Alcina“, Oper von G. F. Händel. — Wien: 13.10 Sinfoniekonzert, 20.35 öffentl. vollst. Musik im Wandel der Zeiten. — Paris: 21.45 Kammermusik. — Rom: 21.35 Konzert.

Die Afrika-Fliegerin Ely Beinhorn ist nach Beendigung der wissenschaftlichen Expedition Ende voriger Woche mit ihrem Kleinflugzeug von Bissau nach Kayes in französisch-Senegal gestartet. Sie überfliegte die über 600 Km. lange Strecke, die zum großen Teil über Unwälder führte, in knapp fünf Stunden. Am Montag setzte sie ihren Flug nach Bamako fort, wo sie am Nachmittag eintraf. Ely Beinhorn befindet sich damit bereits über 1000 Km. im Inneren Afrikas. Sie dürfte voraussichtlich im Laufe des Mittwochs Timbuktu am Niger erreicht haben, von wo sie dann den Flug über die Sahara antreten wird.

Der Flieger Ernst Udet, der infolge Brennstoffmangels mit seinem Apparat unweit Malakal, einer kumförmigen Alluvialinsel, notlanden mußte, wurde von dem englischen Flieger Campbell entdeckt. Eine Hilfsexpedition ist von Capriem aus unterwegs.

Systematische Krebsforschung in Oesterreich. In der Jahresversammlung der Oesterreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung und Erforschung der Krebserkrankung bezeichnete Professor Dr. Burghard Breitter als nächste große Aufgabe der Oesterreichischen Krebsforschungs-Gesellschaft die Registrierung aller Krebserkrankungen im Bundesstaate und die Veranlassung aller Ärzte zum genauen Studium des Erbanges des Karzinoms, der Bedeutung der Ernährung und des Einflusses der Gelegenheitsursachen. Der Frankfurter Professor Fischer-Wolfs erklärte, die Theorie der parasitären Entstehung der Krebserkrankung habe sich als falsch erwiesen, aber auch die Annahme von äußeren Reizen als Ursache der Erkrankung könne nicht wissenschaftlich erklären, weil die Entstehung des Krebses offensichtlich infolge lokaler Vorgänge und allgemeiner Dispositionen an einem eigenartigen Krankheits-Lebensvorgang geknüpft ist. Offenbar ist die Krebsdisposition in Stoffwechselstörungen zu suchen. Die Krebszelle zeigt eine stark verminderte Atmung und stark gesteigerte Gärung. Der Fortschritt in der Behandlung der Krebserkrankung liegt in der Befähigung der allgemeinen Krebsdisposition beim Menschen.

Ein Dorf überfallen. 20 maskierte Räuber überfielen in der Nacht zum Dienstag die in der Bukowina gelegene Dörfgemeinde Balcov, besahen alle Zugänge zu dem Ort, raubten das Gasthaus und den Kaufmann aus und führten ohne Gegenwehr mit der Beute davon. Das Dorf Balcov besitzt keinen Gendarmereiposten.

Kriegsfeuer auf Sumatra. Auf der zur sumatranischen Halbinsel gehörenden Pflanzung Anhemia brach aus unbekannter Ursache Großfeuer aus, das 3 große Lagerhäuser, 80 kleinere Gebäude und 1 Lichtspieltheater zerstörte. Nur der Selbstlosopferung der Rucks war es zu danken, daß nicht auch noch ein großes Benzinlager der Batavischen Petroleumgesellschaft in Brand geriet und explodierte. Die Wohnbaracken der Arbeiter mußten geräumt werden. Der Sachschaden beträgt 300.000 Gulden.

Raub und Selbstmord. In Gletwiz erschöß ein 57jähriger Gastwirt seinen siebenjährigen Sohn. Dann nahm er sich selbst durch Gift das Leben. Finanzielle Schwierigkeiten bilden das Motiv des Verbrechens.

Das Stratosphären-Fluggesetz. Demnächst soll das geheimnisvolle Stratosphärenfluggesetz der Schweizer-Unterwerter erstrahlend werden. Die ersten Flüge sollen etwa 12.000 Meter hoch führen, später 16.000 Meter. Der meiste für groß Höhen- und Geschwindigkeitsflüge gebaute einmotorige Metallflieger hat eine Spannweite von 28 Metern und ein Gewicht von rund 4000 Kilo. Die Besatzung wird in einer luftdichten doppelwandigen Höhenkammer untergebracht, deren Druckhaltung und Lüftung durch einen Kompressor herbeigeführt wird. Die Steuerung und das Triebwerk erfolgt mit Hilfe Lichtschalt nach außen geschaltet Bedienungsvorgänge von der Kammer aus.

„Graf Zeppelin“ korbberit. Am 23. März wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ von neuem korbberit sein. Das Luftschiff ist vollkommen überholt worden; Gaszelle, Gaszellen und Hülle wurden kontrolliert; am Montag begann die Füllung. Die erste planmäßige Reise wird am 28. März nach Budapest stattfinden. Anlaßlich dieser Reise, die im Auftrag des ungarischen Automobilklubs ausgeführt wird, gibt die ungarische Postverwaltung Sonderbriefmarkten heraus.

„Do X“ 2 bald fertig. Die die Tornierwerke mitteilen, wird voraussichtlich Ende März das zweite Tornierflugschiff fertiggestellt sein und mit den Probeflügen beginnen. „Do X“ 2 wird ebenfalls wie „Do X“ 1, das sich gleichfalls im Bau befindet, mit 12 italienischen 600 PS-Flugmotoren ausgestattet sein.

Die Kalkfoppenbaude vernichtet. Durch ein in später Abendstunde ausgebrochenes Schandfeuer wurde wie aus aus Hohenelbe gemeldet wird, die als Ausflugsstätte bekannte Kalkfoppenbaude in Oberlangenau eingeebnet. Das zum größten Teil aus Holz hergestellte Gebäude wurde mit der gesamten Inneneinrichtung bis auf die Grundmauern ein Opfer der Flammen, da die Entlegenheit des Objektes eine zeitgerecht einsetzende Rettung unmöglich machte.

Sechs Personen verschüttet. An einer Landstraße bei Bern hat eine Schneelawine ein ganzes Hotel unter sich begraben. Mehrere Personen verunglückten tödlich.

Ein Friedhof aus der Bronzezeit. Die Expedition des Professor Garstank entdeckte auf den Trümmern eines alten aus der Bronzezeit, etwa 2000 Jahre vor Christi, kommenden alten Friedhof. Insbesondere eine mit einer großen Menge von Gegenständen reich geschmückte Grabstätte ist gut erhalten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Für die ausgesteuerten stellenlosen Angestellten.

Nicht nur hunderttausende von Arbeitern, auch zehntausende von Angestellten sind arbeitslos. Bei vielen Angestellten dauert die Stellenlosigkeit schon so lange, daß sie nicht nur mit der Unterstützung nach dem Gesetz rechnen, sondern auch mit der Stellenlosenunterstützung der Pensionsanstalt ausgesteuert sind und ohne jedes Einkommen dastehen.

Auch die Gewerkschaft unserer Privatangestellten, der „Allgemeine Angestelltenverband“ Reichensberg, hat an Arbeitslosenunterstützung bereits ganz bedeutende Summen ausgegeben. Die Stellenlosenunterstützung betrug im Jahre 1927: 462.883 K., im Jahre 1928: 513.179 Kronen, im Jahre 1929: 595.576 K. und im Jahre 1930 1.892.850 K. Daß sich die Anforderungen an die Unterstützungsleistungen des Verbandes auch weiterhin auf ansteigender Linie bewegen, zeigt der Umstand, daß während im Dezember 1930 die Summe der ausgezahlten Unterstützungen 223.165 K. erreichte, die Unterstützungssumme im Jänner 1931 auf 345.312 K. und im Februar 1931 auf 348.411 K. anstieg.

Da nun die Ansprüche an den Verband, den Staat und die Pensionsanstalt bei vielen Stellenlosen erschöpft sind, hat der Zentralvorstand des Allgemeinen Angestelltenverbandes in seiner am 28. Februar und 1. März abgehaltenen Sitzung beschlossen, jenen Mitgliedern, die ausgesteuert sind, eine Sonderunterstützung zu gewähren. Um dies zu bewerkstelligen, richtet der Zentralvorstand an alle in Stellung befindlichen Mitglieder den dringenden Ruf, in den sechs Monaten vom 1. April bis zum 30. September 1931 außerordentliche Beitragszuschläge zu entrichten, die 3 bis 5 K. monatlich betragen.

Gerichtssaal.

Der „Liebesohn“.

Prag, 18. März. Diese kleinen, jedoch meist in einfachen Verhandlungen rund um die häusliche Liebe, wie das gräßliche Spießbürger-schlagwort lautet, werden gewöhnlich zu juristischen Anklagen einer bis ins Innerste verlogenen Gesellschaftsmoral, die ihre soziale Bestie erst ermöglicht und nährt und sie dann mit heuchlerischem Augen-ausschlag oder zynischem Grinsen verurteilt.

Ein Musterbeispiel: Auf der Anklagebank sitzt ein schwächliches, alterndes „Freundmädchen“, bei ein Kunde vor dem mehrfachen „Genuß“ eine Hundertkronennote geschenkt hat, um sie ihr später wieder wegzunehmen (was durchaus keine Sittenlosigkeit ist). Sie zog ihm, als er schlief, die Banknote wieder aus der Westentasche, wohin er sie gesteckt hatte und fand dabei noch eine Menge Geld (300 K.). Sie nahm alles und lief davon.

Sie kaufte sich einige Bücher, den Rest übergab sie ihrem Geliebten, dem sie offenbar vollkommen ergeben und huldig ist. Er ist bereits gleichfalls hinter Schloß und Riegel. „Bitte, er wachte nicht, daß ich es gestohlen hatte“, sucht sie ihn zu decken. Sie ist reiflich gelügend.

Der Zeuge ist entsetzt. Kein Wort ist wahr! Im Gegenteil, er hat ihr selbst 20 K. gegeben. Wobei er sich offenbar als gütiger Mensch und eher Spender vorstellt.

Sie bekam sieben Monate schweren Kerkers. Nachdem sich der Gerichtshof zur Beratung zurückgezogen hat, meint sie. Ein nutz- und hoffnungsloser Verzweiflungsausbruch! Schluß! — Wir sollten in solchem Zusammenhang dieses Wort erst dann in den Mund nehmen, bis alle Menschen, die den Willen haben, sich endlich durchzubringen, auch die Möglichkeit dazu finden. Wer nicht! rh.

Ein Riesen-Unterdrückungsprozeß

bei der Staatsbahnverwaltung.

Prag, 18. März. Heute begann vor dem Senat des OGH Kaiser die Verhandlung gegen den 47jährigen Beamten Josef Hfibel und den Kaufmann Josef Tefak, die zusammen das Bahndar um 198.000 K. geschädigt haben. Die Manipulationen gingen davon aus, daß Hfibel, der dem Sanitätsrat zugeordnet war und die Einkäufe für die Krankenstellenbesorger besorgte und liquidierte Bestellungen gab, die von Tefak nicht ausgeführt, aber berechnet und von seinem Komplizen honoriert wurden, Tefak hatte ursprünglich gefunden, zog aber

später das Geständnis zurück und will seinem ehemaligen Geschäftsfreund nun die Alibirolle aufbürden. Es kam bei der Konfrontation der beiden zu heftigen Aufritten. Die Verhandlung, die demnächst manches Interessante bringen wird, wurde Johann vertagt.

Zwischen den Vaterländern.

Das Schicksal eines heimatischen Arbeiters.

Prag, 18. März. Die heutige Sitzverhandlung vor dem Senat des OGH, Hellriegel macht einen erhellenden Strich durch die Hoffnungen eines arbeitenden Menschen, im Laufe von zehn Jahren eine neue Heimat gefunden zu haben. Igor Bradenko, ein Russe aus Sibirien, hat seine Heimat seit über 20 Jahren nicht gesehen. Aktive Militärdienst, Kriegsausbruch und Felddienst, endlich Gefangennahme und Internierung in einem tschechischen Lager. Er befreundete sich schnell mit den tschechischen Leidensgenossen, nimmt den tschechischen Namen Ferdinand Gladky an, unter dem er nach der russischen Revolution lebt und den auch alle seine Dokumente und Zeugnisse aus Rußland tragen. 1921 kehrt er zurück — nicht in die befreite Heimat, wo der polnische Terror schrecklich unter den Ukrainern wütet, sondern nach der Tschechoslowakei. Er hat zu Hause weder Besitz, noch Verwandte. Selbst die Sprache hat er fast verloren, Polnisch kann er gar nicht, das Tschechische ist ihm zur Umgangssprache geworden. Natürlich schied man ihn aus der tschechoslowakischen Quarantänestation mit einem Ausweisungsbefehl sofort zur

Grenze ab, wo ihn die Gendarmen aber mitleidigerweise nicht der polnischen Grenzschutz übergeben, sondern einfach auffordern, die polnische Grenze zu überschreiten. Er kehrt gleich wieder um und gelangt glücklich nach Böhmen. Hier arbeitet er in Prag, dann in Malechitz bei Prag ganze zehn Jahre, lebt ordentlich, genießt den besten Ruf, und freut sich wieder eine Heimat zu haben.

Nach zehn Jahren erschließt er sich, um die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Das polnische Konsulat stellt ihm einen Pass auf seinen richtigen Namen Igor Bradenko aus. Er hat gar nicht bedacht, daß alle seine Zeugnisse und früheren Papiere auf Ferdinand Gladky lauten. Und nun begeht er eine verhängnisvolle Torheit. Er selbst ändert seinen Pass (in beispiellos ungeachteter Weise) und legt ihn seinem Staatsbürgerchaftsgesuch bei. Ein Blick des Gendarmen genügt und das Manöver wird aufgedeckt. Natürlich ist ihm nicht entfernt eingefallen, daß er damit das Verbrechen des Betruges begangen hat. Er hielt sich vielmehr für durchaus berechtigt, diese „Richtigstellung“ (wie er meint) selbst zu machen.

Das Urteil: drei Monate schwerer Kerker, nach deren Verbüßung er der Volkspolizei übergeben wird, die ihn den polnischen Grenzpolizisten zuführen wird. Nach 20 Jahren kehrt der alternde Mann in ein fremd gewordene Heimat zurück, in ein neues „Vaterland“, das ihn als Anekdote einer verlogenen Minorität vermutlich würdig empfangen wird. Alles war umsonst! — rh.

Jean Galmot oder die Kreolenseele.

Ein Negerprozeß vor den Geschworenen in Nantes. — Jean Galmot's seltene Laubhahn. Die „Rum-Affäre“. — Ein Opfer kapitalistischen Mammutambles? — Wahlkampf in Cayenne. — Galmot's Enje und die Radie seiner Anhänger. — Die Negerseele zeigt sich uns.

Nantes, den 12. März 1931.

Ein seltsamer Prozeß spielt sich seit dem verflochtenen Montag vor dem Schwurgericht von Nantes ab. Ein Prozeß, der an manchen Einzelheiten an den Film King Vidors: „Halleujah“ erinnert, diesen bemerksameren amerikanischen Film, der stellenweise einen ersten Beitrag zur Erschließung des Seelenlebens der schwarzen Rasse bildet. Bestallt mit dem Kindergehalt, religiöse Spannungen, die eng verknüpft sind mit elementaren Entladungen des Segns, Güte und Anhänglichkeit, die sozialisationsferne Jähllin der heutigen Welt darstellen, aber glaube in finsternen Mischungen, und über allem der weitausholende, aus fernem, sehr dunklen Horizonten hervorrollende Wellenschlag noch nicht in Schärfe gezeichnete Leidenschaften. Das King Vidor mit seiner in ihrer Natürlichkeit gewaltig wirkenden Wasserzeichen zu erreichen verliert: einen Scheinmerkerfeld während einiger flüchtiger Augenblicke auf die sich uns in den letzten Jahren zu erscheinende beginnende Negerprozeß zu werfen, erleben heute die Geschworenen des Schwurgerichts von Nantes, die wohl noch während weitem acht Tagen sich auf den vor einem jeden von ihnen liegenden Landkarten von Guyana auf diese ferne, sonnenerbräunte südamerikanische Inselwelt träumen dürfen. Sich hineinträumen dürfen in dieses seltsame Menschengeviert vor großen Kindern und entlassenen, aber für lange Jahre, wenn nicht für immer nach dieser Südentinsel verbannten französischen Schwerverbrechern, das

Cayenne, die Sonnenküste.

aufweist, in diese glühenden Urwälder und die politischen Schlingenspielen lauernden Sämpfe, denen tödliche Fieber entstehen. Vielleicht haben einige von ihnen die wilden, großen Gebiete dieser unbarmherzigen Landschaft gesehen, die einer schrieb, der sie leidenschaftlich liebte, der ihr voll und ganz verfallen war, der ein Romancier war, welcher zuerst keine Romane mit grauenerregender Kühnheit im Leben selbst aufbaute und der dieses Leben in Höhen und Tiefen aufkostete, die die besten seiner Romane nicht zu erreichen vermochten: Jean Galmot, der einjährige Journalist, Dichter, Romancier, Kolonialadventurer, Importhändler, Großindustrielle, Kriegsleiter, der Abgeordnete der französischen Kammer, der ungeliebte König von Guyana, der Entschlossene, Verarmte, der keine Angestellte, der nochmals den Kampf anzunehmen versuchte und der schließlich — vergiftet, nahm er an — aus dem Leben schied, das ein mehr als eigenartiges war, und dessen Tod jene furchtbare, grauenerregende rächten, deren vergiftetes Jdol dieser Mann war. Bierzehn Kreolen und Kreolinnen und auch einige Weiße sitzen in Nantes auf der Anklagebank, beschuldigt, die durch den Tod Jean Galmot's erzeugten Parteigänger dieses ihres „Vaters und Wohlwärters“, wie sie ihn immer wieder nennen, zu schrecklicher Lynchjustiz aufgereizt und angeführt zu haben. Weil man fürchtete, daß der Prozeß über diese blutige Leichenfeier Jean Galmot's in Cayenne neue Unruhen, neue Morde zur Folge haben würde, transportierte man Angeklagte und Zeugen aus der fernem französischen Kolonie nach Nantes, das nun gegenwärtig diesen seltsamen Prozeß erlebt.

Nimmer und immer wieder sprechen sie mit Regergärlichkeit vom

„Papa Galmot“

und von der Krankheit, die sie überfiel, als sie am 6. August 1928, einige Wochen nach der wie ein großes Fieber durchlebten Wahltscheit am den Kammerherrn von Cayenne, die Kunde vom plötzlichen Tod Galmot's erreichte. Vor fünfundsiebzig Jahren war er zu ihnen gekommen, Keiner kannte ihn. Der noch junge Mann hatte im fernem Frankreich eine kurze Journalistenlaufbahn hinter sich. Als er an einem südfranzösischen Ort diese Laufbahn begann,

die ihn recht weit führen sollte, wachte er bereits mit „außerordentlichen“ Mitteln die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Stoffmangel führte den jungen Reporter dazu, eines Tages einen grauenhaften Raubüberfall in allen Einzelheiten zu erfinden. Während acht Tagen hielt er zwischen Marseille und Nice die Bevölkerung in größter Spannung und ein Gendarmenrevue auf allen Wegen und Straßen, um die Räuberbande abzufangen. Dann deckte er seine Karten auf. Er wurde für acht Tage eingesperrt mit dem Strafauftrag, während dieser kurz bemessenen Frist einen Roman zu schreiben. Der aus der Haft Entlassene hielt das fertige Romanmanuskript: in der Hand. Damit begann seine zweite Laufbahn: die des Romanciers Jean Galmot. Um die dritte zu beginnen, schiffte er sich, jung und mittellos, um 1905 nach Guyana ein. Mit Koffenholzhandel begann er. Auf einer Ruhschale verfrachtete er selbst das Holz über den Ozean. Während er Romane schrieb, wuchsen seine Geschäfte. Bis zu seinem Tod erklärte er diese keine Kolonie als die Goldgrube Frankreichs, welches sie völlig verkenne und nichts von den gewaltigen Schätzen wisse, die im gigantischen Urwald zu heben seien. Er hob einige dieser Schätze, denn einige zehn Jahre später fand er an der Spitze einer der größten Kumpelgesellschaften der Welt, die er in Cayenne aus dem Boden gestampft in Frankreich helfen seine eigenen Eisenbahnmagnons, auf Guyana flogen seine eigenen Flugzeuge, in den Häfen erhoben sich seine Lagerhäuser, im Périgord erwarb er sich ein Schloß, und als der Krieg vorbei war und die „Siegestammer“ des Vize-Rational gewährt wurde, zog er, der während des Krieges der Lieferant des Offensiv- und Sieges-Schnapses gewesen war, in die Kammer ein. Dieser letzte Triumph Jean Galmot's, des einstigen unbekanntesten Journalisten, war aber bereits die erste Station seines Lebensweges.

Wird je volle Klarheit über

die Projekte Galmot

geschaffen werden, welche die Erlösung dieses Mannes vernichteten, von dem man heute wirklich nicht mehr weiß, nachdem dieser Tage die erste Biographie, von Blaise Cendrars geschrieben, in Buchform erschien, ob man ihn unter die großen Kolonialpionier und Kriegsheld reihen soll, oder ob wirklich seiner Person etwas Apokalyptisches anhaftete, das diese Alchimie fast kindhafter Anhänglichkeit unter den Eingeborenen und den entlassenen Sträflingen schuf, ob man ihn unter die großen kapitalistischen Ausbeuter und Kolonialgäurer oder unter die Opfer noch größerer Vandalen, Ausbeuter und Schieber, denen sein System ein Dorn im Auge war, reihen soll. Der große Sturm auf Galmot wurde in der Kammer selbst durch die berühmte Vertragskommission eingeleitet, welche die Kriegslieferungsverträge nachprüfen und die großen Verräter der Lieferungsindustrie fassen sollte. Es wurde ihm vorgeworfen, einige fünfzehn bis dreißig Millionen Franken an der Grippe-Epidemie im Oktober 1918 verdient zu haben. Alle seine Kumbstuden wurden damals von der Generalverwaltung beschlagnahmt, während die seiner Konkurrenten unangestastet blieben. Diese Requisition des Galmot-Rums, erklärte der Berichterstatter der Kommission, erfolgte auf Beamtenbestellung hin. Galmot; verurteilte im Gegenteil auf der Kammertribüne nachzuweisen, daß diese Maßnahme der erste wohlaußgelegte schmerz Bereich war, der gegen seine Firma dadurch geführt wurde, da man ihm nicht für einen Franken Ware mehr in einem Augenblick ließ, da er Förderungen, die auf acht Millionen lauteten, die Strich bieten mußte; daß seine Ware während einer Pause-Epoche beschlagnahmt blieb und in der Pause-Epoche freigegeben wurde. Ueberzeugte er die Kammer von seiner Schuldlosigkeit? Fast einstimmig: 574 auf 577 Abgeordnete einschließlich aller sozialistischen Abgeordneten, wollten nicht von einer Verfolgung Galmot's wissen.



Frischer Mund und reine Zähne! KALODONT

In seiner Verteidigungsrede auf der Kammertribüne hatte dieser neue Abgeordnete schwerwiegende Beschuldigungen erhoben: gegen den berüchtigten und bald darauf entlarvten Untersuchungssekretär des Verpflegswesens, den großen Kornhändler Vilgrain, dem er vorwarf, seinen Ruin und seine Ausschaltung vom Markt mit allen Mitteln zu betreiben. Spielte sich um ihn und um das, was er so stolz sein „Wert“ nannte,

Der große Profitkampf des Kapitalismus

ab, dem er schließlich erlag? Operierte er nicht selbst mit den zweifelhaftesten Mitteln? Fest steht, daß kurz nach dieser „Rum-Affäre“, wie sie damals genannt wurde, einige Banken gegen Galmot zu marschieren begannen: angebliche Wechsel. Er wurde verurteilt. Während Monaten war er in Untersuchungshaft gefesselt. Seine Firma war zusammengebrochen. Ueber zwanzig Millionen Kriegsschulden forderte der Staat von ihm. Er zahlte. Er arbeitete als Angestellter in einer anderen Fabrik. Er wollte von neuem beginnen. Seine politische Laufbahn war infolge seiner Strafe vorläufig unterbrochen. Er nahm einen seltsamen Mann mit nach Cayenne, als er bei den Kammerwahlen von 1928 seinen Nachfolger, den Pariser Journalisten und, wie die Dufour-Affäre zeigt, sehr geschäftstüchtigen Eugène Lautier zu schlagen hoffte: den in einer andern Affäre, der Danau-Affäre später bloßgestellten Revolverjournalisten und Espresso großen Stils: Georges Anguett. Lautier schien trotzdem der Geistesere zu sein: ihm wählten auch die Toten, und seine Wahlstimmen wurden von den Gendarmen gestohlt. Die Erregung in Cayenne war nach dieser Wahl aber derart groß, daß Lautier flüchten mußte. Sein Wahlmörder, der Bürgermeister von Cayenne, wurde von den Anhängern Galmot's zur Demission gezwungen und die Galmot-Liste wurde in Cayenne gewählt. Galmot, der wieder in „seiner“ Kolonie juristisch war, führte den ganzen Kampf. Man wachte, daß ihm nach dem Leben getrachtet wurde. Ein Fünferkomitee wurde ernannt, das seinen persönlichen Schutz organisieren sollte. Im August 1928 lag er unter schweren Krämpfen im Spital von Cayenne. Bevor er starb, zitierte er seine Gegner, ihn vergiftet zu haben. Die erste Untersuchung lautete auf Osmium. Die zweite verurteilte ihn. Sein Herz, das nach Frankreich zur Untersuchung geschickt wurde, verschwand auf ebenso geheimnisvolle Weise, wie das Manuskript seines letzten Romans.

Als sein Tod in Cayenne bekannt wurde, brach dort ein richtiger Schrecken aus.

Wohnsinnigkeiten

spielen sich ab: die Eingeborenen erzählen, daß er lauberte; zum Opfer gefallen sei. Ein Friedhofswächter, der als spezialisiert verfahren war und zu den Gegnern Galmot's zählte, Paroy, ein Generalrat, Bourget, ein Arzt, Jean, ein Zeitungsbesitzer, Guber, und zwei weitere Parteigänger Lautiers, wurden gefesselt und mit Stricken erhängen. Die „Mörder Galmot's“, wie sie sich nannten, hatte Nordausgang erfaßt. Sie wollten „Papa Galmot“ töten. Ihre Rache war von beispiellos Grausamkeit. Bis ins Gefängnis drangen sie ein, wo sie, unter den Augen der ohnmächtigen Gefängniswächter, den Arzt Jean zu Tode prügelten, der dort Schutz vor der ihn verfolgenden Meute gesucht hatte. Der im Spital von Cayenne auf dem Totenbett lag, dem sie ein Millionenvermögen ersanden hatten, hatte sich ihnen gegenüber anders benommen als all die übrigen großen Kolonisten: er zahlte ihnen weit höherer Löhne, er hatte Gewinnanteil eingekauft, er war menschlich zu ihnen gewesen und hatte sich stets um sie und ihre Kinder gekümmert. Der Kolonialausbeuter mit humanerem Benehmen war für sie ein Messias geworden.

Es ist oft fast vierzig, zu sehen, wie sie sich heute verteidigen, diese vierzig schwarzen und halb-schwarzen Bürger der Verdammten-Insel, die in Nantes auf der Anklagebank sitzen. Wegen einer der angeklagten Frauen war zu Beginn der Untersuchung eine andere Frau als Zeugin aufgetreten, kurze Zeit nachher aber gestorben. Die Angeklagte gab dem Gerichtsvorstand die unwiderlegbare Anklage dieses Todes: weil sie gelogen hatte, hat Gott sie mit dem Tod bestraft! Redlich lauten die meisten Verteidigungsversuche dieser ein äußerst buntes französisch sprechenden Angeklagten.

Der Prozeß von Nantes,

der ein Abenteuerleben nochmals aufrollt, gewährt gleichzeitig auch einen tiefen Einblick in die Kreolenseele. Sie haben Galmot geliebt, weil er gut zu ihnen war und sie nicht begandete, wie die übrigen Ausbeuter dies taten; sie bestrafen die „N. n. meißer“, weil sie ihren Wohlthäter beraubten! Für sie liegen die Dinge so einfach. Sie bilden sich hinter die Kulissen dieser großen Politik, auf deren Bühne sie ihre noch so unschuldigen Leidenschaften sich austoben lassen. Werden aber wir, die wir etwas mehr von den Russen-Juristen wissen, nach Ablauf des Prozesses das kapitalistische Zwischen-spiel besser verstehen, das mit Galmot's Tod seinen Abschluß fand? Galmot's Gegner, Eugène Lautier, soll in der kommenden Woche vorgeladert werden. Ueber die Hauptpunkte der Affäre wird er wohl ein sehr verständliches Schweigen bewahren.

DER GEEIGNETESTE ZEITPUNKT FÜR IHRE OSTEREINKÄUFE IST JETZT.



KC 59.-

zahlt die elegante Dame, sowie die praktische Hausfrau für unsere schönsten Damenschuhe. Sie vereinigen Eleganz mit Bequemlichkeit.



Modell 9875-15 Spangen-Halbschuhe in Lack, braunem Chevreauleder oder hellen Modelfarben erhältlich. Mit Eidechsenleder-imitation oder Brillantleder verziert.

Modell 9875-38 Reizende Halbschuhe aus Lack oder schwarzem Samischleder. Auch in hellen Frühjahrsfarben, mit Eidechsenleder-imitation verziert, erhältlich.

Modell 2605-72 Promenaden -- Halbschuhe mit auswechselbarer Leder-spange. Hellbraun oder beige. Halbhoher Absatz. S.-150.

Modell 2645-77 Apaten Ausgangs-Halbschuh aus schwarzem Mattbox mit Lack kombiniert oder braunes Samisch mit Glanzlederkombination in braun.

Rata

Deutschenetze in der Filmbranche.

Der „Filmoooy luxur“, das offizielle Blatt des Landesverbandes der Kinobesitzer, nimmt in einem führenden Artikel seiner letzten Nummer Stellung zur schweren Arbeit der Distributionskommission. Dazu muß bemerkt werden, daß nach den standstilligen Prager Straßenkrawallen vom vergangenen Herbst gegen den deutschen Tonfilm eine Kommission gebildet wurde, der die Aufgabe erteilt wurde, über die Verteilung von deutschen Tonfilmen an die Prager Kinos zu wachen und vor allem die deutschen Tonfilme auf ihre Schamlosigkeit in nationaler Hinsicht zu prüfen und darüber zu wachen, daß sich das „deutsche Element“ im goldenen Prag nicht via Tonfilm „unangenehm“ verbreite. Diese Kommission, eine in der Geschichte des Films ganz einzigartig dastehende Institution, über also eine inoffizielle Zensur aus, um den Staatsbürgern ein wenig praktischen Unterricht darin zu geben, wie bei uns der verfassungsmäßig gewährleistete Grundgesetz der freien Meinungsäußerung gehandhabt wird, wenn die chauvinistische Straße krawalliert. Das Blatt spricht durch die Feder seines Leiters S. avella von der verdienstvollen Arbeit der Objektivität der Kommission, ohne allerdings auch nur mit einem einzigen Wort dieses Lob zu begründen. Diese Objektivität ist am besten charakterisiert durch die bezeichnende Tatsache, daß in der Kommission nicht ein einziger Vertreter der Betriebsfirmen Sitz und Stimme hat und daß darum nur die Kinobesitzer in „guten Einvernehmen mit den übergeordneten Behörden“ die „freiwillige Zensur“ ausüben. Dazu ist vor allem zu bemerken, daß es keine Behörde gibt, die „den Kinos übergeordnet“ erscheint; lediglich die Sicherheitsbehörden haben das Recht, über Ruhe und Ordnung im öffentlichen Interesse zu wachen und deshalb eine oftmals schon bewährte Kontrolle der Kinovorführungen auszuüben; man muß sich aber auf das energischste dagegen verwehren, daß die chauvinistische Hege unverantwortlicher und berufsmäßiger Ehrenpatrioten dem öffentlichen Interesse entgegensteht. Es ist ein Kulturandal durchaus hierländischer Struktur, daß die zweitgrößte Nation der Republik, deren Vertreter zwei Ministerposten inne haben, noch immer in vielen Belangen als zweitrangig angesehen und mit allerlei Genoitmitteln in ihrer kulturellen und nationalen Entwicklung beschränkt wird. Der „Filmoooy luxur“ dokumentiert in der gleichen Nummer selbst am deutlichsten, welche Geistes-Rind der Schreiber des Leitartikels sein muß: in einer „Kritik“ des Sowald-Films „Die Affaire Dreyfus“ wird der Vermutung Ausdruck verliehen, daß die Historie einmal mit gleichen Worten über den Fall Gajda sprechen wird! Es ist natürlich schwer, gegen solche Vergleiche anzukämpfen; der gleiche Herr S., der sein Blatt mit einem Bierstempel über die Objektivität der nationalen Chauvinisten einleitet, möchte am liebsten Herrn Gajda wieder in Amt und Würden sehen, wobei er bei diesem zweifelhafte Verhältnis für die kulturellen und innerpolitischen Verhältnisse der Republik seine Unparteilichkeit nimmt, möge er selbst erklären.

Zeiten nach seinem Geizet gegen die deutsche Expansion — war eine Privataufführung der „Elekta“, bei der die deutsche Version des Films „Der Fall des Generaloberst Redl“ geladenen Gästen und Interessenten gezeigt wurde. Die Polizei hatte bereits ein Verbot der Aufführung vorbereitet, das allerdings aus durchsichtigen Gründen erst wenige Stunden vor der Aufführung aufgehoben werden sollte, und nur dem energischen Eingreifen des gewesenen Handelsministers Kovak war es zu danken, daß dieses Kunststück in letzter Minute vereitelt wurde. Zu dem Verbot ist vor allem zu bemerken, daß es sich auf keine gesetzliche Bestimmung stützen kann, weil die Aufführung nach § 2 des Versammlungsgesetzes einfach anzunehmen war und keiner weiteren Genehmigung unterliegt, da nur individuell geladene Personen eingelassen wurden. Durch diese Veranstaltung ist nun angeblich die so segensreiche Arbeit der Verteilungskommission gestört, ja geblöht hochfotiert worden und die Intervention des Abgeordneten Kovak geschah „aus unverschämten Gründen“. Das ist das wahre Gesicht eines einflussreichen Verbandes, einer Vereinigung, deren Mitglieder am deutschen Film Ansummen verdient haben, deren Mitglieder auf den deutschen Besucher ebenso rechnen wie auf den tschechischen, deren Mitglieder auch für die Sokolinoserienweise deutsche Tonfilme kaufen, deren nationalstes Kino, das „Bis Karod“ in Prag, die ganze Stummfilmproduktion der Usa aufgekauft hat und seit Wochen nur deutsche Filme spielt!

Geld wollen die Herren immer verdienen, auch wenn es mit deutscher Arbeit zusammengeht, aber davon darf niemand etwas wissen; offiziell wird immer gegen das Deutschtum gehetzt werden, nur so weit gehen diese Ehrenmänner niemals, daß sie der nationalen Sache Opfer bringen und „harmlose und einwandfreie“ englische und französische Filme vor leeren Häusern spielen. Dieser Kulturschmach mit dem lägerhaften Gesen gegen den deutschen Tonfilm muß endlich ein Ende gemacht werden; wenn es beliebt, der darf bei uns ästhetische, japanische, italienische Filme spielen, nur deutsche sind verpönt, deutsche müssen erst zugelassen werden, obwohl die Bevölkerung am liebsten zu diesen Filmen geht, weil sie die deutsche Sprache versteht. Darin besteht die segensreiche Arbeit der Distributionskommission: dem unbestritten amerikanischen Film muß mit Gewalt ein Platz geschaffen werden, obwohl er noch schlechter ist als die deutsche Massenoperette. Es soll hier nicht um eine Wertung der verschiedenen Produktionen gekämpft werden; das Filmgeschäft ist leider ganz in private Hände geraten und richtet sich nur nach den Kassentrapporen — wenn aber ein so eminentes Kulturfaktor von sozial übertragender Bedeutung nicht nach allgemeinen Gesichtspunkten, nach den Prinzipien der Volkstheater geleitet werden kann, dann ist seine Fortsetzung nach national-chauvinistischen Gesichtspunkten umso mehr zu verurteilen. Es wird keinem Verleiher oder Kinobesitzer einfallen, einen Film zu spielen, damit das tschechische Volk beleidigt werde, die Massen der Kinobesucher werden niemals deshalb ins Kino gehen; darum ist diese ganze Kontrolle und inoffizielle Zensur etwas Pöberliches und Ueberflüssiges. Das deutsche Volk dieses Staates hat es nicht notwendig, von ein paar Gajdabepunderern begutachtet zu werden; für sie ist Chauvinismus gleich Kultur, für sie war es darum in Ordnung, daß ein so äbler Heffilm wie die „Fidovavalka“ als Kulturfilm steuerfrei laufen durfte; wurden die so ersparten Beträge von den Herren Ueberpartioten der „Nation“ gemindert oder füllten sie noch ihre Tischen? Ist die Deutschen-

heute wirklich „Kulturpflege“ der Herren „Staatsbürger erster Klasse“?

Walter Lustig.

Kunst und Wissen.

„Die verkaufte Braut.“ Diese Neueinspielung der Zingaleschen Meisteroper erscheint mir, nach der geistigen Aufführung, nur als einer Choi- und Tanzoper gerechtfertigt. Die Chöre klangen wirklich frisch, voll Kraft und sauber und auch die Tänze, von Herrn Jenčíl arrangiert, unterzogen sehr wirksam den charakteristischen Hauptcharakter des Werks. Dagegen befriedigte das Sologesangstück und auch das Orchester nur zu sehr geringem Teil. Die tschechische Sprache ist immerhin noch gut zu verstehen, aber das gegenständig rein Melodische, Besüßigliche, auch Sentimentale bedurfte sparsamer und weicherer Stimmen, als sie zur Zeit im Ensemble verfügbar sind. Fräulein Kramer (Marie) ließ ziemlich lange auf Entfaltung ihrer beachtlichen Mittel warten und schwächte auch dann noch die Wirkung förmlich reichlich gefungener Stellen durch schmerzhaft scharfe Höhenlinie ab. Herr Dreschner war ein im Spiel sehr sympathischer Hans, dem aber gelegentlich aller Schmelz fehlt. Herr Bandler, früher der Regal der Wiener Volksoper, ist hausbacken Herr seiner Leistung geblieben und zeigt als Dramatiker heute so wie ebendamals keine Wankung. Herr Koller brachte mit seinem schon in der Rolle gelungenen Wenzel Stimmung ins Haus und Herr Džuraz (Syringer) wird auf diesen Aufstieg in die Oper immer mit Spannung zurückblicken können. Sehr bläulich waren die Elternpaare: die Damen Schwarz und Soumer — die Klüftinnenfrage wird immer brennender! — und die Herren Hofmeister (von Topla, für den erkrankten Herrn Hagen) und Zichy. Herr Kapellmeister Zichy's Arbeit als Chorleiter verdient dankbare Anerkennung; am Dirigentenposten erscheint er bei der „Verkauften Braut“ verfrüht; dieses Werk braucht Persönlichkeit, Temperament, Handgefühl und Faust. Schon die Opernreife ließ alle Ballung und Entladung von Kraft, alle prickelnde Spannung, jede launische Gliederung vermissen. Aber wir sind ja schon daran gewöhnt worden, fast regelmäßig am Platz des Opernhofs einen zweiten oder dritten Kapellmeister zu sehen! — Die Regie des Herrn Koor ergab anfänglich nur sehr starre Bilder, späterhin aber genuesum bewegte und erfrischende Volksgesenen.

In Vorbereitung. Am 26. ds. wird Bucciatis „Vogel“ wieder in den Spielplan aufgenommen. — Am 29. ds. ist die Erstaufführung der Operette „Schön ist die Welt“ von Franz Lehár angelegt. — Das Schauspiel bereitet die Erstaufführung von „Vorunterkunft“ von Alberg und Otto Ernst Hesse sowie die Erstaufführung der neuen Komödie von Balencloer „Kommt ein Vogel geflogen“.

Spielplan der Neuen Deutschen Theater. Donnerstag, 7 Uhr (103-1): „Die Zauberflöte“. Freitag, 7 Uhr (104-2): „Die Fledermaus“. Samstag, 6 Uhr, Gastspiel W. H. K.: „Die Walküre“. Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik. 2 1/2 Uhr: „Sächsische Musikanten“. 7 1/2 Uhr (105-3): „Kajkhat läßt bitten“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 6 1/2 Uhr: „Amphitryon 28“. Freitag, 7 1/2 Uhr: „Das öffentliche Bessergern“.

7 Uhr: „Sturm im Wasserglas“. Sonntag, 10 Uhr: „Katiné, Cestec. Disfoberein; 8 Uhr: „Das öffentliche Bessergern“; 7 1/2 Uhr (Bankausbau 1): „Das öffentl. Bessergern“.

Aus der Partei.

Bezirksbildungsausschuß Prag. Mittwoch, den 1. April, um 8 Uhr abends, findet im Gewerkschaftshaus, Prag, ein Künstlerischer Abend mit heiterem Programm statt. Mitwirkende: Frau Bertl Salobanica (vom Deutschen Theater), Songs und Rezitationen, Opernsänger Rudolf Bandler (vom Deutschen Theater), aus dem Jofins „Humor im Lied“, Walter Taus (vom Deutschen Theater), Rezitationen, Hans Lichtwig, Rezitationen. Am Klavier: Kapellmeister Zichy vom Deutschen Theater. Kartenverkauf ab nächste Woche.

Jugendbewegung. Soj. Jugend Prag, Ortsg. 1. Morgen um 8 Uhr in der Oper: Sunter Abend. Kommt bestimmt und pünktlich, der Abend wird jedem gefellen! — Nächsten Dienstag: „Ing. Kub. Jung als Kassenforcher“, nächsten Mittwoch: Parteitagung.

Arbeiter. Kümmert euch um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation. Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

Literatur.

Hermann Müller-Franken: „Die Novemberrevolution.“ Erinnerungen. 88 Seiten. Ganskyer Verlag: „Der Buchstabe“ G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 45 Kd. Die Geschichte der deutschen Revolution von 1918 bleibt noch zu sprechen. Was bis heute an historischen Darstellungen paralog, kann nur als Material für ihren künftigen Historiker gelten. Hermann Müller leitet seine Revolutionserinnerungen von vornherein mit der Bemerkung ein, daß sein Buch „keine Geschichte der deutschen Revolution von 1918 werden, sondern für den späteren Geschichtsforscher eine Quelle sein soll“. Als solche kommt ihm die größte Bedeutung zu, denn sein Verfasser hand schon lange vor dem Antrage als Mitglied des Parteivorstandes der SPD, in der Arbeiterbewegung an führender Stelle. Er hatte daher ein dokumentarisches Material zur Verfügung, das nur für wenige, unmittelbare Belegstücke zugänglich war. Er hat es sich in dem Buch zur Aufgabe gesetzt, „Ideen und Stimmungsgelände seiner schweren Zeit so objektiv festzuhalten, wie das einer kann, denn es vergangen war, den gewaltigen Umsturz des deutschen Volksgeschickens nicht nur aus nächster Nähe zu beobachten, sondern auch an dem werdenden Neuen ordnend mitzuwirken“. Selbes, die Hülle des Materials und die Objektivität der Darstellung, wurde seinerzeit selbst von stärksten politischen Gegnern in ihren Buchbesprechungen anerkannt.

Konrad Paul Landbeck: „Rata Rata“, Erlebnis aus der Sturm- und Drangperiode des Kongo-Kaates. Mit 39 Tafelbildern und einer Karte. Ganskyer Verlag, Berlin. Preis 5 Mk. „Kongo-Erinnerungen“, das vor einigen Jahren erschienen ist, läßt Landbeck hier einen weiteren Band über sein Leben am Kongo folgen. Afrika, der geheimnisvolle Erdteil, läßt ihn nicht los; immer wieder packt ihn die Sehnsucht nach dem ungebundenen Leben im Gebiete des Kongo. Landbeck gibt packende Schilderungen des Lebens eines Europäers, der ganz auf sich gestellt weit ab von jeder Kultur sich aufhält. Unbegreiflich bleiben seine Beschreibungen, wie die Feier beim Tode eines Kongo-King, eine Kaffertanz usw. Es lebt in dem Buch der ganze Zauber der gigantischen Ströme und phantastischen Landschaften Afrikas. Welche Gegenüber hat Landbeck als erster Europäer betreten. Die Gefahren im unerschlossenen afrikanischen Busch, die Schönheiten, die sich dem von europäischen Vorurteilen freien Beobachter bieten, finden in ihm einen überzeugten Schilderer. Das Leben und Treiben der Eingeborenen und Europäer stellt er so packend dar, daß wir manchmal glauben, wir sind es selbst, die dies alles erleben.

Herausgeber: Siegfried Toub. Chefredakteur: Wilhelm Reichert. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. Druck: „Kolo“ K. G. Nr. 20, Prag. Vertrieb: „Kolo“ K. G. Nr. 20, Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Gollig, Prag. (Jugendgruppenleiter wurde darüber von K. Reichert benachrichtigt mit Bezug Nr. 13.000/VII.1933 Seite 11.)

70 Jahre Trichinose.

Im Jahre 1931 jährt es sich zum 70. Male, daß in München eine der gefährlichsten Krankheiten, die Trichinose, erkannt wurde. Ende Januar 1961 erkrankten dort von einer siebenköpfigen Familie fünf Personen. Die von der Krankheit Befallenen klagten über auffallende Müdigkeit, Frost und Hitze und starkes Fieber. Zunächst dachte man an Vergiftung durch Nahrungsmittel; später stellte man die Diagnose auf Typhus. Nun oder zeigten sich bald auch Erscheinungen, die bei Typhus nicht auftreten, nämlich eine hochgradige Empfindlichkeit der Extremitäten, deren heftige Berührung die stärksten Muskelschmerzen hervorrief. Am härtesten war der Oberhaupt der Familie und dessen Bruder von der Krankheit befallen; es traten Augenaffektionen ein, und der Tod erfolgte am 10. und 11. Oktober beide von ihren schmerzhaften Leiden. Bei den anderen Familienmitgliedern verlief die Erkrankung in milderer Form, um bald ganz zu erlöschen. Die am 13. Februar an den Verstorbenen vorgenommene Sektion liefte das Rätsel. Das Gewebe der willkürlichen Muskeln erschien mit zahlreichen kleinen Würmchen durchsetzt. Der die Sektion leitende Professor sah

die Tiere jedoch nicht als die eigentlich. Krankheitsüberträger an, während sein Assistent Dr. Karl Weigel sie als Urheber der Erkrankung erkennen zu müssen glaubte. Seine Annahme wurde anfangs als irrig abgewiesen. Bald darauf kam jedoch von Dresden die Nachricht, daß im dortigen, städtischen Krankenhaus ein Dienstmädchen unter den gleichen Erscheinungen gestorben sei; und die Sektion ergab auch dort das gleiche Bild wie in München. Professor Zenker bezeichnete nun die Würmchen gegen Trichinen, die man bisher für harmlos gehalten hatte, als die Ursache der Muskelkrankung, und weitere Untersuchungen bestätigten diese Annahme. Die Trichine oder der spiralförmige Sparrwurm (jetzt 1883 bekannt und erhielt bereits 1835 ihren Namen (Trichina spiralis). Sie kommt am häufigsten im Schweinefleisch vor, aber auch bei Hund und Katze, Fuchs, Marder und Bär. Heute wissen wir, daß man zweierlei Arten von Trichinen unterscheidet. Die Darmtrichinen sind da sie nur eine kurze Lebensdauer haben und in dem von ihnen befallenen Körper keine Wanderungen unternehmen, an sich ungefährlich; ja, sie ruhen überhaupt keine Krankheitserscheinungen hervor. Sie gehen eben schnell sehr fruchtbar Leben ein und gebären im Laufe von 6 bis 8 Tagen hunderte von lebendigen

Jungen. Die so Neugeborenen sind die sogenannten Muskeltrichinen; sie sind geschlechtslos und bleiben nicht wie ihre Eltern im Darm, sondern begeben sich auf die Wanderung. So gelangen sie mit der Zeit bis in die feinsten Häutchen des Muskelgewebes und klapfen sich dort ein. Nach Monaten wird so eine kleine Kapsel durch Ablagerung feiner Kalkfäden immer härter und härter und dadurch a) weißlich-punktförmig im Fleisch sichtbar. In ihrem Nestchen kann die Trichine, durch diese Einkapselung für die Dauer unmaßlich geworden, lange Jahre, beim Menschen bis zu 25 Jahren und noch länger, fortleben. Anfangs nun ein Stück trichinenhaltigen Fleisches in den Darmkanal eines Menschen, so löst sich die Kapsel auf, die geschlechtslosen Trichinen werden zu Männchen und Weibchen, und zogen wieder die Trichine, die es wieder genau so machen wie ihre Vorgänger. Seitdem die obligatorische Fleischschau eingeführt wurde, ist die Trichinenkrankheit, gegen die bisher noch kein Heilmittel gefunden wurde, nur hin und wieder beobachtet worden. Diese Fleischschau genügt völlig zur Befämpfung, denn der Nachweis, ob Schweinefleisch trichinenhaltig sei oder nicht, kann sehr leicht und rasch durch das Mikroskop erbracht werden.

Dogent Ernst Schild.